

Berlin, 6. März 2015

P R E S S E M I T T E I L U N G

Geschäftsstelle / Office:
Anklamer Straße 38
D-10115 Berlin
fon: +49 30 4432700
fax: +49 30 44327022
geschaeftsstelle@djb.de
<http://www.djb.de>

Na also, geht doch: Bundestag beschließt Einführung der Frauenquote in der Privatwirtschaft

Der heutige Beschluss des Bundestages zur Einführung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu mehr Frauen in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft. Er ist vor allem dem Willen und Durchhaltevermögen der Frauen zu verdanken – nach mühsamen Diskussionen, erbitterten Widerständen und zähen Verhandlungen. Wie einschneidend diese Zäsur für unsere Gesellschaft sein wird, hängt in erster Linie von einer glaubhaften und engagierten Unterstützung der Unternehmensleitungen ab und davon, ob diese einen nachhaltigen Wandel der Unternehmenskultur bewirken.

Mit der verbindlichen gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte, der Verpflichtung zur Festlegung von Zielgrößen für Aufsichtsräte, Vorstände und oberste Management-Ebenen und der dazugehörigen Pflicht, festgelegte Zielgrößen und Fristen zu veröffentlichen, werden langjährige Forderungen des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djB) umgesetzt. Der Gesetzgeber kommt nun endlich seinem Verfassungsauftrag nach, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken.

Aber auch die Bundesregierung steht weiterhin in der Verantwortung zum Handeln. Mit den ebenfalls heute beschlossenen vielfach kritisierten Novellierungen des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes gehen Verschlechterungen für Frauen im öffentlichen Dienst einher. Unverständlich bleibt, warum die Bundesregierung teilweise einen anderen Maßstab an das eigene Handeln anlegt als sie selbst von der Wirtschaft einfordert.

Ramona Pisal, Präsidentin des djB: „Der Beschluss ist ein Durchbruch. Die Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft muss weiterhin aktiv eingefordert werden. Der djB tut dies auf vielfältige Weise. Im Rahmen unseres Projektes „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ aktuell europaweit. Doch es geht uns nicht allein um Frauen in Führungspositionen. Der notwendige gesellschaftliche Wandel hat noch viele Baustellen – Entgeltgleichheit, Altersarmut, Mini-Jobs, zu wenige Frauen in der Kommunalpolitik.“